

Arbeiter-Stimme

N DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

10 Nr. und Mark 1:20
Österr. Postsparkassen-Konto Nummer 119.471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:
XVI., Hyrtlgasse 19/4 Telefon R 30-9-58

Preis 15 Groschen

April 1930

4. Jahrgang. Nr. 53

Neuer kapitalistischer Raubzug

Das Antiterrorgesetz ist unter Dach und Fach und schon gehen die kapitalistischen Räuber auf neuen Raubzug.

70 Millionen Schilling sollen den Großgrundbesitzern in den Rachen geworfen werden durch Erhöhung der Agrarzölle oder Mehsteuer oder Getreidemonopol. Die Sozialdemokratie ist bereit der „Landwirtschaft“ zu helfen, „ohne die breiten Massen allzusehr zu belasten“, sie ist also für die Belastung der verelendenden Arbeitermassen zu Gunsten der Großgrundbesitzer, die den Hauptschab dabei machen.

Die Arbeitslosenversicherung soll „reformiert“ werden. Ein Drittel der Arbeitslosen, das sind über 100.000, sollen überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung mehr bekommen, darunter die Saisonarbeiter und Jungarbeiter. Allen anderen Arbeitslosen soll die Unterstützung nur mehr zwei Jahre zukommen, nach zweijähriger Unterstützung soll jeder Arbeitslose zangsweise zu Straßenarbeiten nach Belieben an den verschiedenen Punkten des Landes verwendet werden gegen bloße Naturalverpflegung! Also Zwangsarbeit für Arbeitslose, Robott nach Art vor 1848.

Was an den Arbeitslosen erspart wird, soll als Riesengeschenk allen Kapitalisten zugeschanzt werden durch Beseitigung des letzten Restes von Steuern die sie zahlen (Körperschafts-, Renten-, Steuer usw.). Zum gleichen Zweck soll die Steuer auf Bier, Wein, Branntwein erhöht werden. Und schließlich sollen zum gleichen Zweck durch „Reform“ des Abgabenteilungsgesetzes der Gemeinde Wien Milliarden entzogen werden, wodurch ihr zugleich die Fortsetzung der Gemeindefortbauarbeiten erschwert werden soll.

Als erster Schritt zur Verstaatlichung der faschistischen Terrorverbände soll die Heimwehr in Niederösterreich von der niederösterreichischen Landesregierung in Eid und Bezahlung genommen werden. Die gesetzliche Grundlage hierzu hat die SP in der neuen Verfassung ermöglicht. Schöber reist jetzt nach Paris und London, um die Erlaubnis der großen imperialistischen Räuber zur Ueberleitung der Heimwehr in eine Miliz einzuholen. Er will dort zugleich die Anleihe einheimsen, die den österreichischen Kapitalisten Profite und zugleich die weiße Salbe bringen soll zum Augenauswaschen der Arbeitslosen und Betriebsarbeiter.

Schließlich soll die Wahlreform gemacht werden, die die Bourgeoisie in Stand setzen soll bei der nächsten Wahl (spätestens Frühjahr 1931) das Wahlgeld für sich entsprechend zu korrigieren.

Für später ist ein neuer Durchbruch des Mieterschutzes in Aussicht genommen.

Jetzt schon aber sollen die Heimwehraktionen im Stile von Schwechat, Triestingtal, 6. April fortgesetzt werden, um durch gesteigerten Terror die SP im Parlament mürbe zu erhalten, die Arbeiter einzuschüchtern und den Boden reif zu machen für die Endpläne der Kapitalisten, die da lauten: Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur möglichst mit habsburgisch-monarchistischer Spitze.

Die Arbeiterklasse muß durch Massenkampf die Anschläge der Kapitalistenklasse verhindern und zur Organisation und Leitung des Kampfes überall Aktionskomitees bilden.

Für höhere Löhne! Für den Siebenstundentag! Für Arbeit und Brot! Für große produktive staatliche Arbeiten! Für die Arbeitslosenversicherung! Für die Bewaffnung der Arbeiter! Für den gemeinsamen Kampf der Betriebsarbeiter und Arbeitslosen!

Die Lehren des Antiterrorgesetzes

„Wir haben dem Antiterrorgesetz einige Giftzähne ausgerissen, ja wir haben es sogar verbessert“, rühmt sich die Sozialdemokratie. Die Praxis wird das Gegenteil beweisen. Daß das Antiterrorgesetz eine schwere Niederlage, eine bedeutende Verschlechterung der Kampfposition der Arbeiterklasse ist, fühlt heute schon jeder Arbeiter.

„Lieber in der kapitalistischen Fabrik arbeiten, als im Straßengraben verrecken!“, rief 1923 auf dem Metallarbeiter Kongreß Otto Bauer. Das Ergebnis nach sieben Jahren ist, daß heute dreimal soviel im Straßengraben verrecken als 1923!

„Am Mieterschutz darf nicht gerüttelt werden!“

„Lieber den Tod als diese Verfassung!“ ...

„Gar kein Antiterrorgesetz!“ ...

Soweit hat uns die SP seit 1918 geführt, daß wir heute, 1930, zurückgeworfen sind hinter 1870!

„Die Verhältnisse sind schuld“

Die Verhältnisse haben sich geändert. Gewiß. Doch jede Änderung hat ihre Ursache.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich geändert nicht infolge einer Sintflut, sondern infolge des Kampfes der gesellschaftlichen Kräfte: Die Bourgeoisie ist stärker, das Proletariat ist schwächer geworden.

Die Bourgeoisie hat ohne Zweifel gut operiert. Allein ihre gute Politik hätte der Kapitalistenklasse nicht zu den Siegen verholfen, wenn das Proletariat dem eine noch bessere proletarische Politik entgegengesetzt hätte. Die Bourgeoisie hatte Erfolg, weil die SP ihr die Siege ermöglicht hat, indem sie mit der sozialdemokratischen Politik die Arbeiterklasse unausgesetzt schwächte.

Im österreichischen Maßstab beginnt diese Wahrheit bereits in vielen Arbeitern zu dämmern. Darum flüchtet die SP in die viel undurchsichtigeren „internationalen Verhältnisse“. Aber es ist mit den internationalen Verhältnissen im Grunde so wie in Österreich: sie haben sich zum Vorteil der Weltbourgeoisie geändert, weil die Sozialdemokratie dieselbe das Proletariat schwächende Politik in allen Ländern trieb und treibt.

Die schiefe Ebene für die Arbeiter

Zuerst führt die SP eine Verschlechterung der Kampfbedingungen für die Arbeiter herbei — dann beruft sie sich auf die (durch die SP herbei-

geführte!) Verschlechterung der Kampfbedingungen als Begründung, daß die Arbeiterklasse nachgeben müsse.

Dadurch wird die Kampfposition der Arbeiter neuerlich geschwächt und das dient dann beim nächsten Konflikt wieder als Begründung, daß die Arbeiterschaft weitere Positionen räumen müsse.

So rutscht die Arbeiterklasse dank der SP auf der schiefen Ebene immer tiefer wie es zuletzt kraß zum Ausdruck kam: vom Mieterschutzdurchbruch über die Verfassungsreform bis zum Antiterrorgesetz.

Die Arbeiter rutschen immer tiefer. Keineswegs aber die SP-Führer, bei denen man im Gegenteil einen durchwegs respektablen Aufstieg feststellen kann.

Sind Kompromisse zulässig?

Nur politische Kinder lehnen jedes Kompromis prinzipiell ab. Indem die stalinistisch geführte KP den Schein erweckt, als ob sie grundsätzlich jedes Kompromis verwerfe, hilft sie der SP über deren faule Kompromisse hinweg und legt sich selbst für ihre künftige Politik Hindernisse in den Weg.

Wenn ein Arbeitertrupp im Bakonyerwald von einer schwer bewaffneten Räuberbande angegriffen wird und die Führer wissen, daß der Arbeitertrupp nur Taschenmesser bei sich hat, raten Geld und Uhren auszufolgen, um später mit besserer Ausrüstung mit den Räubern abzurechnen, so ist das ein vom proletarisch-revolutionären Standpunkt prinzipiell zulässiges Kompromis, weil ein Kompromis auf dem Boden wirklichen Kampfeswillens, ein Kompromis auf den Boden des Kampfes. Ein solches Kompromis haben Lenin-

Trotzky geschlossen mit den imperialistischen Räubern Deutschlands und Österreich-Ungars 1917 in Brest-Litowsk.

Es ist möglich, daß die revolutionäre Führung bei einem prinzipiell zulässigen Kompromis mehr nachgibt, mehr preisgibt, als bei richtiger Einschätzung der Kräfte nötig gewesen wäre. Das ist ein taktischer Fehler, der unter Umständen eine sehr schwere Schädigung der Arbeiterklasse sein kann. Allein dennoch wäre selbst dies noch kein grundsätzlicher Fehler, kein Verrat.

Zweifelloso ist der Abschluß mit bloß 2%iger Lohnerhöhung eine sehr schwere Schädigung der Bauarbeiter. Zweifelloso wäre bei erstem Kampfwillen, bei wirklichem Kampf eine wesentlich höhere Lohnerhöhung erzielt werden. Der Verrat der sozialdemokratischen Führung der Baugewerkschaft liegt

HERAUS ZUR MAI-VERANSTALTUNG!

Donnerstag, 1. Mai 1930 in Svejdas Gambrinussälen, XIII., Schanzstraße 31 (Straßenbahnverbindung „49“)

Saaleröffnung 3 Uhr nachmittags. — Konzert der Arbeitermusik-Kapelle.

Offizielle Eröffnung: 1/2 7 Uhr abends. — Festrede: Genosse Dr. Josef Frey

Anschließend Gruppe Subranoff: „Bergwerks- und Kerkerzenen.“

Ab 8 Uhr abends Erstaufführung der Arbeiterbühne

„SPRENGT DIE KETTEN!“

Eine historische Darstellung aus der Geschichte der Arbeiterbewegung. Aufführung von 20 lebenden Bildern und revolutionären Szenenfolgen.

Eintritt im Vorverkauf S 1.20, an der Kassa erhöht. — Karten täglich erhältlich: Svejdas Gambrinussäle, Schanzstraße 31 und Fanowitsch's Gasthaus, XVI., Koppstraße 47.

aber darin, daß sie überhaupt nicht den Kampf gegen die Unternehmer, sondern daß sie die Zusammenarbeit mit den Unternehmern will. Denn aus diesem Grunde mußten und müssen sie abschließen zu den Bedin-

gungen, die den Bauunternehmern passen und froh sein, wenn diese ihnen, um ihnen die Täuschung der Arbeiter zu erleichtern Konzessionen in der Form machen (Zwangsschlichtungsverfahren mit dem „unparteiischen“ Kapitalisten als Vorsitzenden).

in die Luft schlagen, ja der proletarischen Sache schaden.

SP und Faschismus

Nichts dümmer als das stalinistische Schlagwort vom „Sozialfaschismus“. Dadurch wird der Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Faschismus wegskamotiert. Da dieser Gegensatz aber real besteht und ohne sein Verständnis eine richtige Einstellung zur aktuellen Politik nicht möglich, so erklärt es sich leicht, daß die Anstrengungen der Stalinisten Löcher in die Luft schlagen, ja der proletarischen Sache schaden.

Der Gegensatz zwischen SP und Faschismus ist ernst, aber es ist nicht der Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie. Es ist der Gegensatz zweier Konkurrenten, die darum kämpfen ihre Kundenschaft, das Großkapital, den (kapitalistischen) Räuberhauptmann, ausschließlich bedienen zu dürfen. Die SP empfiehlt sich dem Großkapital damit, daß sie ihm mit schlaudem Zureden und List billiger und mit geringerem Risiko die proletarischen Schäflein zur ständigen Ausplünderung erhält — der Faschismus offeriert dem Großkapital unter Hinweis darauf, daß bei der wachsenden Ausplünderung die proletarischen Schäflein die sozialdemokratischen Tricks schließlich durchblicken müssen, die rücksichtslose Gewalt als Mittel zur dauernden Sicherung der Raubherrschaft.

Der Räuberhauptmann benützt beide. Einmal den, einmal den anderen, je nach den Verhältnissen und hält sie beide am Fädel.

Sozialdemokratie und Faschismus dienen demselben Herrn, aber der Kampf zwischen ihnen um die Gunst des großkapitalistischen Herrn ist ernst, ist real und ist für die Taktik des proletarischen Klassenkampfes von sehr großer Bedeutung.

Der gute Glaube

Aber sie meinen es gut, ihre Absichten sind besten, so sprechen noch heute die meisten Arbeiter.

„Kein Staatsmann kann verlangen, daß man ihn darnach beurteilt, was er möchte. Man kann einen Staatsmann nur darnach beurteilen, was er tut“, so sagt vollkommen richtig die „A.-Z.“ am 20. März zu Schober. Genau dasselbe gilt von jeder Partei, gilt in der Politik überhaupt.

Welches immer die Absichten, in der Politik entscheiden die Taten und die Wirkungen der Taten. Da und dort in Einzelheiten hat die SP kleinen Teilen der Arbeiterschaft die Lage ein wenig erleichtert (Wohnungen, Windeln usw.), die Gesamtlage der Arbeiterklasse nach Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsintensität, Arbeitslosigkeit, Teuerung, Lebenshaltung betrachtet, ist die Arbeiterschaft dank der Taten der SP seit dem Umsturz außerordentlich tief gesunken.

Sicher ist ein Teil des sogenannten Führungskörpers im guten Glauben. Das kann am Urteil über die Grundeinstellung der sozialdemokratischen Politik nichts ändern, sondern ist nur bedeutsam in der so häufigen Frage, inwieweit Aussicht besteht schließlich doch einen Teil des sogen. Führungskörpers von der Verratspolitik der SP zu lösen.

Die Indifferenz

Der politische Bankrott der SP als proletarischer Partei — als nichtproletarische Partei steht vor ihr noch die Karriere über den Briandismus zum Millebrandismus — hat viele Arbeiter zum Zweifel an jeder Partei, jeder Führung, jeglicher Politik gebracht. Indes ist das nur ein Uebergangszustand, der unter dem Druck der harten Tatsachen weichen wird. Die enttäuschten Arbeiter müssen ihre Erfahrungen, beim Aufbau ihrer proletarischen Klassenpartei verwerten, indem sie sie gegen solche Entartung immunisieren. Beiträge zahlen und Vorträge anhören genügt da nicht, sondern nur aktive Mitarbeit und auf dieser Basis aktive Mitbestimmung in der Partei sichern die politische Kontrolle der Arbeiter in und über der Partei.

Nur die Gesundung der KP hilft!

Die Herausbildung einer breiten revolutionären Opposition in der SP ist nötig, auch wenn die Reform der SP eine Illusion ist, was die um die revolutionäre Reform der SP kämpfenden Arbeiter erst im und durch den oppositionellen Kampf erkennen.

Die Erfahrung von 12 schweren Jahren lehrt, daß die Herausbildung einer revolutionären Opposition in der SP den Bestand einer ersten, klar und nüchtern operierenden KP voraussetzt.

Die große Frage: wann beginnt sich der Weg zur Wendung des Schicksals der Arbeiterklasse zu öffnen — diese Frage hängt an einer Achse: diese Achse ist die Kommunistische Partei, richtiger die Gesundung der Kommunistischen Partei.

In Sowjetrußland reifen große Entscheidungen, die die Gesundung der russischen KP und aller Kommunistischen Parteien erleichtern.

Je besser wir, die Linksoption, den Kampf um die Gesundung führen, je besser uns die ehrlichen Genossen in der KP und die revolutionär gestimmten SP-Arbeiter unterstützen, desto rascher wird die Gesundung der Kommunistischen Parteien erkämpft sein.

Die Gesundung der Kommunistischen Partei erschließt den Weg zur Wendung des Schicksals der Arbeiterklasse.

Die Kompromisse der SP

Kehren wir zurück zum Arbeitertrupp, der von der Räuberbande im Bakonyerwald überfallen wird.

Wie denn, wenn die Führung des Arbeitertrupps (offen oder unter der Hand) mit der Räuberbande — „zusammenarbeitet“? Wie denn, wenn die Führung des Arbeitertrupps mit der Räuberbande zwar noch nicht zusammenarbeitet, aber ihr ganzes Streben darauf richtet mit der Räuberbande (offen oder unter der Hand) „zusammenzuarbeiten“?

Die Formen dieser „Zusammenarbeit“ können sehr mannigfaltig sein, da gibt es tausenderlei Abstufungen — die Wirkung dieser Art von „Führung“ wird immer diese sein: daß die Geführten (der Arbeitertrupp) ausgeplündert wird, daß die Räuberbande den Hauptteil der Beute behält, daß die „Koalitionspartner“ von den Räubern einen Anteil an der Beute, ihre Provision und noch dazu die Möglichkeit bekommen, die Geführten über die Rolle der „Führer“ zu täuschen, daß sie den Raubforderungen „die Giftzähne ausgerissen“, daß sie „Verbesserungen erkämpft“ u. dergleichen.

Solche Kompromisse sind unzulässig, sind Verrat an der Arbeiterklasse!

Die ganze Politik der Sozialdemokratie im Kleinsten wie im Größten auf allen Gebieten (auch z. B. in den Gewerkschaften) ist ausgerichtet auf die Zusammenarbeit (Kooperation, Koalition) mit der (kapitalistischen) Räuberbande oder was nur ein anderes Wort dafür: auf die Wirtschaftsdemokratie.

Einige Beweise:

„Arbeiter-Zeitung“ am 1. März: „Zusammenarbeit oder Zuchthausvorlage!“

Worin besteht also der Verrat der SP an der Arbeiterklasse?

Der Verrat besteht nicht in den Kompromissen an sich, sondern in der Grundeinstellung der gesamten Politik der SP: darin, daß die Sozialdemokratie entweder mit der (kapitalistischen) Räuberbande bereits (offen oder unter der Hand) zusammenarbeitet oder ihr Gesamtstreben auf die (offene oder verkappte) Zusammenarbeit mit den (kapitalistischen) Räubern gerichtet hat und richtet!

Die SP tut beides: sie arbeitet zusammen, wo die (kapitalistische) Räuberbande sie zuläßt, und wo die (kapitalistischen) Räuber sie nicht zuläßt, da richtet die SP ihre Gesamtanstrengung dahin, möglichst bald wieder als (offener oder stiller) Kompagnon von der (kapitalistischen) Räuberbande angenommen zu werden.

Das einzige Verhältnis, in dem die Arbeiterklasse bei Strafe des Verrats an ihren eigenen Klasseninteressen zur Kapitalistenklasse sein darf, ist das Verhältnis des

Klassenkampfes!

Das ist das Grundprinzip aller marxistischen Prinzipien. Die SP macht mit dem Mund noch da und dort ein Kompliment vor dem Wort Klassenkampf, mit ihrer Praxis aber verrät sie den proletarischen Klassenkampf täglich, stündlich. Die Praxis und Theorie der SP steht nicht auf dem Boden des Marxismus, nicht auf den Boden des Klassenkampfes gegen die kapitalistischen Räuber, sondern auf dem Boden der Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Räubern zur gemeinsamen Ausplünderung des Proletariats, woran sich nichts ändert dadurch, daß dabei die Raubherren hundertmal so viel an sich reißen, als sie für die Raublakaen abfallen lassen.

Klassenkampf auf realpolitischer Basis!

Die SP kämpft fürs Proletariat überhaupt nicht.

Die stalinistische KP will fürs Proletariat ernstlich kämpfen, aber vor Kinderei und Abenteuerum verliert sie den Boden der Wirklichkeit unter den Füßen.

Klassenkampf, geführt auf der Basis nüchternster Einschätzung der jeweiligen Kampfbedingungen — Klassenkampf, der im richtigen Augen-

blick den kühnsten Angriff wagt keine Opfer scheuend, sowie er den Rückzug, das Komromis wagt, wenn und soweit es auf dem Boden ersten Kampfwillens bzw. Kampfes die realen Kampfverhältnisse zwingend verlangen — eine proletarische Klassenpartei, die diesen Kampf organisiert, führt — das ist es, was die Arbeiterklasse am meisten braucht.

Die Wurzel der verräterischen Grundeinstellung der SP

Die Politik der Zusammenarbeit ist nicht eine Folge der Dummheit, der Fehler der SP, sondern die Folge ihrer veränderten Klassenzusammensetzung. Rund 80.000 kleinbürgerliche Elemente sind ihr zugewachsen und der 40.000 Köpfe zählende Führungskörpers ist ins Kleinbürgertum emporgewachsen. Diese 120.000 kleinbürgerlichen Elemente, die miteinander verschmelzend ein Sechstel der Partei bilden, haben alle einflußreiche Stellen in Partei, Gewerkschaft, öffentlichen Körperschaften usw. Sie sind es, die ausschlaggebend die Linie der Politik der SP in Partei, Schutzbund, Gewerkschaft, Konsumverein, Sportorganisation usw. bestimmen. Selbstverständlich bestimmen nach den Interessen der Klasse, der sie angehören, dem heute vom Kapital bedrängtesten Teile des fortschrittlich gestimmten Kleinbürgertums und proletarische Klasseninteressen gerade nur soweit berücksichtigen, als dies nötig ist, um die Arbeiter

Die Krise in Deutschland.

Ein Gespräch zwischen zwei Arbeitern.

Von Hans Kroupa.

Fritz: Was meinst Du zur deutschen Regierungskrise? Werden die Bürgerlichen eine Regierung zustande bringen? Ich glaube sie werden schließlich doch gezwungen sein, unsere Genossen wieder in die Regierung zu nehmen; denn die Sozialdemokratie ist doch die stärkste Partei im deutschen Reichstag und sie werden kaum ohne sie regieren können.

Hans: Das hängt ganz von den tatsächlichen Machtverhältnissen ab. Dabei spielt die Kommunistische Partei Deutschlands, besser gesagt, ihr Zustand eine ausschlaggebende Rolle.

Fritz: Die KPD kommt doch für die Regierungsbildung gar nicht in Frage.

Hans: Ich habe ja betont, „ihr Zustand“. Und warum ihr Zustand? Ich habe Dir unlängst auseinandergesetzt, welche Ursachen die Opposition in der österreichischen KP hat, habe Dir auch gesagt, daß es nicht nur eine österreichische Erscheinung ist, sondern eine internationale, deren Wurzel in der stalinistischen Politik liegt. Die Folge dieser Politik ist eine furchtbare Zerissenheit und Schwächung aller kommunistischen Parteien. In diesem Zustand befindet sich auch die KPD.

Fritz: Was hat das aber mit der Regierungsbildung zu tun?

Hans: Die Kapitalisten wissen, daß sie von der Sozialdemokratie nichts zu fürchten haben, denn die SP ist eine Ordnungspartei, eine Partei, die sich jederzeit für die kapitalistische Ordnung in die Schanze wirft, eine Partei, die die kapitalistischen Gesetze

unter allen Umständen respektiert, die nur das tut, was ihr die kapitalistischen Gesetze erlauben. Anders die Kommunisten. Kommunisten beugen sich nur insoweit und insoweit den kapitalistischen Gesetzen, soweit und solange sie nicht imstande sind, sie zu brechen. Und Macht hat eine kommunistische Partei nur, wenn sie innerlich geschlossen ist. In dem Zustand aber, in dem sich die KPD heute befindet, ist sie machtlos, ist sie für das Kapital keine Gefahr. Eine solche Situation ist für die Reaktion ein gefundenes Fressen. Obwohl die Kapitalistenklasse die Sozialdemokratie braucht, wäre es von den Kapitalisten, die den offenen Kampf gegen das Gesamtproletariat aufnehmen unklug, die SP in die Regierung zu nehmen. Denn es gibt noch immer große Massen von Arbeitern, die in der SP ihre Interessenvertreterin sehen. Die SP in einer solchen Regierung, würde sie

vor den Arbeitermassen allzusehr entlarven. Die Folge wäre ein ungeheures Anwachsen der revolutionären Bewegung, der größten Gefahr für den Bestand der kapitalistischen Ordnung. Das, was heute die SPD aufführt, ist nichts als Manöver zu dem Zwecke, die Arbeiterschaft zu täuschen. Verstehst Du nun, warum ich sagte daß der Zustand der KPD dabei die entscheidendste Rolle spielt?

Fritz: Verstehen tu ich Dich vollkommen, erscheint mir auch ganz logisch, was ich aber nicht fassen kann, ist die Rolle, die dabei die SPD spielt.

Hans: Sieh Dich einmal ein wenig in der Welt um und schau, wann und wo Koalitionsregierungen sind oder entstehen. Ueberall, wo verhältnismäßig starke kommunistische Parteien sind, die größeren Massen des Proletariats unter ihrem Einfluß haben, wirst Du finden, daß dort die Sozialdemokratie in der Regierung ist. Auch dort wo das Kapital in eine Krise gerät, die große Wirtschaftskämpfe, Streiks, Aufstände usw. — befürchten läßt, wirst Du Koalitionsregierungen mit der SP oder sozialdemokratische Alleinregierungen finden. Dasselbe Schicksal — wenn man es so nennen darf — das jetzt die deutsche Sozialdemokratie erleidet, erleidet jede sozialdemokratische Partei, — die eine früher, die andere später — denn das liegt in ihrem Wesen als Ordnungspartei, als staatsverhaltende Partei, als Schützerin des (kapitalistischen) Staates, der (kapitalistischen) Wirtschaft, der (kapitalistischen) Ordnung.

Wie war es den bei uns in Oesterreich? Solange die Arbeitermassen revolutionär beeinflusst waren, die kommunistische Partei noch etwas bedeutete, das Kapital die Staatsmacht noch nicht fest in Händen hatte, da brauchte die Bourgeoisie die Sozialdemokratie, damit sie ihr ermögliche sich wieder fest in den Sattel

zu setzen; da saßen die Sozialdemokraten in schöner Eintracht mit der Bourgeoisie in der Regierung. Als unsere Kapitalisten sahen, daß die Arbeitermassen sich von der KP abwendeten und wieder der SP sich zuwandten, war für die Kapitalisten die Gefahr vorüber, brauchten sie die SP nicht mehr in der Regierung.

So findest Du es überall. Erst wenn das Proletariat oder größere Teile desselben sich aus der Gefolgschaft der SP losreißen und diese Zuchthausordnung zu sprengen drohen, erst dann wird die SP wieder in die Regierung einziehen. So war es in Oesterreich, so ist es in Deutschland, in Tschechien und überall, wo es sogenannte Demokratien gibt. Denn bürgerliche Demokratie ist nichts anderes, als die raffinierteste Verschleierung der Herrschaft des Kapitals.

Fritz: Wenn unsere Genossen im Reiche nicht mehr in der Regierung sein werden, sondern in der Opposition, werden sie auch wieder anders arbeiten können, denn dann haben sie wieder freie Hand, haben sie keine solche Verantwortung.

Hans: Mein lieber Fritz, wenn Du glaubst, daß die SP — ganz gleich, ob bei uns in Oesterreich oder anderswo — eine andere Politik als Koalitionspolitik machen wird, wirst Du sehr enttäuscht werden. Ich will Dich nicht beleidigen, aber Du kommst mir manchmal vor, als ob Du total blind wärest gegenüber den Tatsachen. Schau was unsere Bauer, Renner, Seitz u. Co. machen, schau zurück auf 1918, auf den Genfervertrag, Anforderungsgesetz, Mieterschutznovelle, Verfassungsänderung, bis jetzt zum Antiterrorgesetz. All diese Verschlechterungen sind nur die Folge einer Koalitionspolitik, oder Folgen einer Politik im Interesse oder mit dem Ziele der Koalition. Lese den vorletzten Absatz des Leitartikels

in der Arbeiterzeitung vom 30. März, dort schreiben sie ausdrücklich, daß jetzt, nachdem das Antiterrorgesetz beschlossen ist, alle Kraft auf die Gewinnung von Mandaten bei den nächsten Wahlen konzentriert werden muß, damit im nächsten Parlament nicht mehr ohne die Sozialdemokraten regiert werden kann, also wieder Koalition.

Fritz: Was soll die Arbeiterschaft aber machen? Wo soll sie sich hinwenden? Du sagst — und ich sehe es ein — die SP ist nicht mehr die Partei des Proletariats, sie vertritt die Interessen einer anderen Klasse, die KP aber ist zerissen, außerdem nimmt sie infolge ihrer Politik niemand ernst — wo also gibt es einen Ausblick?

Hans: „Wo gibt es einen Ausblick?“ So fragst Du und tausende andere. Es gibt einen Ausblick! Der gesunde, ehrliche Kern der Kommunisten unter Führung Trotzky's zusammen mit den ehrlichen gesunden Elementen in den kommunistischen Parteien, wird die Gesundung der kommunistischen Parteien und der kommunistischen Internationale erkämpfen. Die klassenbewußten Arbeiter müssen die Leninopposition in ihrem Gesundheitskampf unterstützen. Aus der Gesundung der kommunistischen Partei und Internationale erstet der Arbeiterklasse die leitende Kraft, die den proletarischen Kampf auf dem Weg des Sieges führen wird.

Fritz: Ich bin einverstanden, ich will mithelfen so gut ich kann.

Hans: Auch die Ereignisse, die kommen, werden uns helfen. Die Zukunft gehört dem Kommunismus. Leg ab das „Freundschaft“, denn es ist die Freundschaft mit den Klassengegnern, grüße künftig mit „Freiheit!“, das ist unsere Losung, die Losung der proletarischen Revolutionäre.

Vor großen Entscheidungen in Sowjetrußland

Dem Sturze Stalins entgegen

Die Tatsachen zeigen, daß unsere Darstellung über Stalins Charlatanwirtschaft nicht übertrieben. Die Linie der Kollektivierung ist grundsätzlich richtig, darüber bedarf es keines Wortes unter proletarischen Revolutionären. Aber das Tempo muß sich bei Festhaltung der Leninschen Bauernpolitik richten nach der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Sowjetindustrie und nach der tatsächlichen Macht des Sowjetstaates die ökonomische Leitung der agrarischen Kollektiven proletarisch wirksam zu kontrollieren.

Ueber diese Grenze hat Hochstapler Stalin die Dinge toll vorgetrieben. Die Auswirkungen waren so furchtbar, daß er sich — mitten in der tollsten Propaganda für die Wahnsinnspolitik — gezwungen sah vollkommen plötzlich das von ihm toll vorgepeitschte Gespann zurückzureißen.

Ist die durch Stalins Wahnsinnskurs herbeigeführte Desorganisation der Landwirtschaft so groß, daß die Hungersnot trotz der Anstrengungen, die die Bauern im eigenen Interesse machen werden, unvermeidlich ist? Das ist die große Frage, die leider mit größter Wahrscheinlichkeit bejaht werden muß.

Schon jetzt aber zeigt sich als Auswirkung des Stalinabenteuers eine wesentliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen Proletariat und Bauern. Hand in Hand damit wächst die Unzufriedenheit, ja Wut gegen Stalin in der Partei bei den Mitgliedern und unteren Funktionären. Da hat der Abenteurer Stalin die unteren Funktionäre und Mitglieder der Partei für seinen Charlatankurs durch Jahre vorwärts gepeitscht und nun hat dieser Kerl die Frechheit, wie wenn nichts geschehen wäre die Schuld den — unteren Funktionären und Parteimitgliedern in die Schuhe zu schieben.

Dasselbe macht Schwindler Stalin auch im internationalen Maßstab. Derselbe Stalin, der die kommunistischen Parteien aller Länder in ihre verrückte Politik vorwärtspeitscht, die sie immer mehr ruiniert, derselbe Stalin läßt nun durch seine Kreatur Manuïlski den stalinistischen Apparatschiki dafür öffentlich den Hintern bläuen und — und wäscht seine Hände in Unschuld.

Die Stalinbeamten in allen KP müssen natürlich die Wendung mitmachen. Sie müssen das, was sie selbst auf Befehl Stalins durch Jahre als den Gipfel der revolutionären Weisheit verkündet und wofür bisher sie hunderte und tausende aus der Partei ausgeschlossen haben, als den größten Blödsinn und Verrat erklären und dem, der da nicht parriert, mit dem Ausschluß drohen. Natürlich machen sie es so wie

ihr Meister: sie geben die Schuld den — unteren Funktionären und Mitgliedern. In der KPD z. B. hat das in Berlin zu einer wahren Rebellion in der Mitgliedschaft geführt.

Wahrscheinlich werden die traurigen Stalinhelden in Oesterreich das genau so machen und man kann annehmen, daß die unteren Funktionäre und Mitglieder in Oesterreich nicht dazu schweigen werden. Darum suchen die österreichischen Stalin-schwindler zuvorkommen und verbreiten die Nachricht von der Verschmelzung Trotzky mit den — Brandleristen. Wahr dürfte sein, daß der Leninbund eine organisatorische Vereinigung mit den Brandleristen zu einer einheitlichen oppositionellen Gewerkschaftsfraktion plant, vielleicht darüber schon in Verhandlungen steht. Dazu haben wir seinerzeit das Nötige schon gesagt. Es bedarf keines Wortes, daß die Nachricht von der Verschmelzung der Trotzkyopposition oder einer trotzkyistischen Gruppe mit den Brandleristen eine echte stalinistische Erfindung ist.

Ein tiefer Groll geht mit immer größerer Stärke durch die ganze russische Partei. Die Tage Stalins sind gezählt. Sein Sturz ist sicher.

Was wird nach ihm kommen? Noch ist das nächste Uebergangsglied, das ihn ablösen wird, nicht genau erkennlich. Das eine aber ist sicher, daß wir nach der Periode Stalins zentristischer Schwankungen jetzt in die Periode treten, wo die Entscheidung fallen wird: Zurück zum Leninismus oder — über den Thermidor zum Bonapartismus.

Wir sind überzeugt, daß aus dieser katastrophalen Lage, in die Stalin die Partei, die Arbeiter hineingeführt hat die russischen Arbeiter, die russische Partei den Reg zur Rettung finden wird. Ein tiefer aufwühlender Gesundungsprozeß beginnt die ganze Partei zu erfassen, aus dem sie zugleich bereichert durch schwere Erfahrungen schließlich verjüngt hervorhehen wird im Zeichen Lenins unter Führung seines wahren Erben Leo Trotzky.

Die Entscheidung, der Sowjetrußland entgegengeht, wird entscheidend sein für den Gesundungsprozeß in den kommunistischen Parteien. Dieser Prozeß wird auch sie in ihrer ganzen ganzen Breite und Tiefe aufwühlen. Die Zeit naht, wo die Linksoption zusammen mit den gesunden Elementen in den kommunistischen Parteien ihre Aufgabe erfüllen wird: die Gesundung der kommunistischen Partei!

Die „Opposition in der SP“.

Unter dem Namen „Opposition in der Sozialdemokratie Oesterreichs“ wurde vor einigen Monaten der Versuch unternommen, eine linkssozialdemokratische Opposition in der SP zu organisieren, gestützt auf ein Organ unter dem Titel „Der revolutionäre Sozialdemokrat“, von dem vier Nummern erschienen sind und von dem auch noch eine, nämlich die Schlußnummer erscheinen wird. Am 1. Mai wird nämlich diese „Opposition“ der KPOe beitreten.

Niemand hätte darüber größere Freude, wenn sich eine starke Linksoption in der SP herausbilden würde, als gerade wir und es ist nur natürlich, wenn eine linkssozialdemokratische Opposition zur KP ten-

diert. Von dieser Frage wird es ja letzten Endes bestimmt, ob eine solche Opposition in der SP überhaupt als ernst bewertet werden kann. Schließlich ist es ebenso selbstverständlich, daß die KP bestrebt sein muß, den Prozeß der Herausbildung, Entwicklung einer Linksoption in der SP bis zu deren Ueberleitung der KP zu fördern.

Obwohl wir sahen, daß die Stalinleitung der KP das Gegenteil tut, schwiegen wir in der Öffentlichkeit, damit sich die Stalinisten nicht ausreden können, daran, daß die Herausbildung der Linksoption in der SP nicht gelinge, seien wir schuld. Jetzt

da der Schlußpunkt da ist, sind wir im Interesse der Partei gezwungen öffentlich zu sprechen.

Die Mißerfolge des Stalinismus international und besonders im österreichischen Maßstab sind nämlich so kraß, daß die Stalinleitung etwas braucht, um den Parteimitgliedern die Augen auszuwischen und darum soll die „Opposition in der SP“ am 1. Mai zur KP „übertreten“, um die Mitgliedschaft mit neuen Illusionen erfüllen zu können. Zu diesem Zwecke wird die „Opposition in der SP“ entsprechend aufgebauscht. In Wirklichkeit steht nichts dahinter. Das ist auch anders nicht möglich, denn diese Linksoption ist eine vollkommen künstliche Mache, die noch dazu mit ebenso lächerlicher wie kindlicher Ungeschicklichkeit politisch und organisatorisch durchgeführt wurde. Eine solche echtstalinistische „Förderung“ führt zum geraden Gegenteil: sie erschwert die Herausbildung einer ersten sozialdemokratischen Linksoption (für die zweifellos der Boden immer besser wird) und erleichtert die Arbeit den — Reformisten.



Arbeiterkulturbund „Spartakus“

Zentraler Sitz:

Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47

Auskünfte und Aufnahmen jeden Mittwoch und Freitag von 7 bis 10 Uhr abends.

Aus den Statuten § 1: Der Arbeiterkulturbund „Spartakus“ hat den Zweck, marxistische Kulturarbeit zu leisten.

MAI-FEIER: Wir appellieren an alle Mitglieder, daß sie sich rege an der Agitation für die 1. Mai-Veranstaltung beteiligen.

Karten sind rechtzeitig beim Zentralkassier L. Beran, XVI., Hasnerstraße 32, 3/23 abzuholen. Sämtliche Mitglieder müssen Freitag, den 18. April, 7 Uhr abends in Sveydas Gambinussaal, XIV., Schanzstraße 31 (Straßenbahn „49“) zwecks Entgegennahme wichtiger Direktiven erscheinen. Die Leitung.

WANDERGRUPPE: Infolge wichtiger Propagandaarbeiten zum 1. Mai, finden in diesem Monat — mit Ausnahme der Osterfeiertage — nur halbtägige Sonntagsausflüge statt.

Sonntag den 13. April: Treffpunkt halb 2 Uhr nachmittags Endstation „43“ Neuwaldegg über Klosterberg—Weidling am Bach—Sievering.

Ostersonntag, den 20. April: Tagespartie: Ruine Kreuzenstein. Treffpunkt halb 9 Uhr früh Floridsdorf am Spitz sodann mit derselben Karte Weiterfahrt nach Strebersdorf.

Ostermontag, den 21. April: Treffpunkt halb 2 Uhr nachmittags Endstation Kagran. Wanderung in die Lobau. (Ueber Roten Hiasl).

Sonntag, den 26. April: Treffpunkt halb 2 Uhr nachmittags Stadtbahnstation Hütteldorf—Rieglerhütte—Sophienalpe.

Donnerstag, den 24. April

Öffentliche Versammlung

in Bachlechner's Saal, XVI., Ottakringerstraße 223 (Straßenbahn 46, J). Beginn 8 Uhr abends. Sprechen wird über die

POLITISCHE LAGE

Genosse Frey.

KPOe. (Opposition)

Zur Reinigung der Luft.

In dem Kampf, den die Opposition seit Herbst 1922 um die Gesundung der Partei führt, standen die Grazer Genossen mit Daniel, Píneisl, Wagner, Koch an der Spitze von allem Anfang an in Reih und Glied mit uns in vorderster Front, insbesondere auf dem V. Parteitag (März 1923) und auf dem VI. Parteitag (Frühjahr 1924). Dann allerdings machten sie eine große Schwankung mit: sie schlossen sich den Zentristen (Koplenig) an und unterstützten höchst aktiv den zentristischen Kampf gegen uns. Das dauerte bis hinein in das Jahr 1926. In diesem Jahre erkannten sie, daß ihre erste Position die richtige war und schlossen sich nach zwei kurzen allerdings sehr heftigen Schwankungen wieder mit uns zusammen. Im April 1928 mußten wir wegen des hartnäckigen Vertretens korschistischer Tendenzen in der grundlegenden Frage des proletarischen Charakters der Sowjetunion und anderer damit zusammenhängender wichtiger politischer Fragen fünf Wiener Genossen (die Deklaranten) ausschließen. Da die Grazer Genossen sich mit den Deklaranten solidarisierten, mußten wir die Beziehungen mit ihnen abbrechen. Seither hat die Mahnrufgruppe manches eingesehen und die Differenzen sind heute kleiner als im April 1928.

In den letzten Monaten sind einzelne Leute aus der Partei ausgeschlossen worden wegen „Trotzkismus“. Mit diesem Schlagwort bezeichnen die stalinistischen Hochstapler alles, was ihnen nicht paßt. Schon aus diesem Grunde allein, abgesehen von der oppositionell-propagandistischen Notwendigkeit, ist es nötig, daß jemand der wegen linksoppositioneller Auffassung aus der Partei ausgeschlossen wird, diese seine Auffassung in einer Erklärung bekannt gibt. Insbesondere dann ist es unumgänglich notwendig, wenn solche Einzelgänger statt sich einer der beiden bestehenden linksoppositionellen Gruppen anzuschließen einen eigenen Laden eröffnen, freilich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Da diese „innerparteiliche Gruppe“, wie sich diese Einzelgänger mit Nachsicht der Taxen titulieren, die Nase ebenso lächerlich wie unverschämte hochträgt — unter Ausschluß der Öffentlichkeit — so ist es zur Klärung der Verhältnisse in der österreichischen Linksopposition und zur Klärung der mit der Linksopposition innerhalb der Partei sowie innerhalb der SP sympathisierenden Elemente notwendig, das Visier der „innerparteilichen Gruppe“ zu lüften. Prüfen wir zunächst die

Zusammensetzung der „innerparteilichen Gruppe“.

1. **Polzer:** Politisch genügt zu sagen, daß er alle rechten, zentristischen und ultralinken Schweinereien der verschiedenen Parteizentralen mitgemacht hat, immer im schärfsten Kampf gegen die um die Gesundung der Partei kämpfende Opposition, wobei er immer mit den niederträchtigsten Mitteln gekämpft hat. Seine Hände sind zwar rein, aber sein Kaliber zeigt deutlich folgende Episode: Auf dem V. Parteitag (März 1923) stellte Genosse Frey auf Grund bestimmter Vorkommnisse, die den älteren Genossen bekannt sind, den Antrag: „Ein Kassier, der sich weigert das Kassabuch der Leitung bzw. dem Vorsitzenden der zustehenden Organisation vorzuzeigen, ist aus der Partei auszuschließen.“ Kaum hatte Frey diesen Antrag gestellt, sprang ein Parteitagsdelegierter auf und stellte den Antrag — auf Ausschluß des Genossen Frey aus der Partei! Dieser Delegierte war — Polzer. Frey hat diesen Antrag Polzers unterstützt. Aber die durch schweren Schwindel zustande gekommene ultralinke — rechte Mehrheit fürchtete, daß ein solcher Ausschluß die Mitglieder aufmerksam machen würde, welche schwere Korruption die verbündeten Ultralinken und Rechten da deckten. — Die beste Auskunft über Polzer können die alten Kommunisten von Ottakring geben, die das traurige Glück hatten, diesen Mann für eine zeitlang zum Obmann zu haben. Im Bunde mit jenem lewitischen Helden, der die Belieferung von Parteimitgliedern mit billigem Schuhwerk in parteipolitischen Einfluß umsetzte — inzwischen ist der Held längst zur SP übersiedelt — „leitete“ Polzer die damals sehr starke Bezirksorganisation Ottakring. Dieses „Leiten“ bestand darin, daß er in der praktischen Arbeit keinen Finger rührte, desto mehr aber den Mund aufriß, um uns zu verunglimpfen. Im Verhältnis zu den Parteigenossen kannte er nichts, als Intrigue, politischen Schwindel, organisatorischen Betrug, einen geraden Schritt zu machen war der Mann nicht imstande, er ging immer krumme Wege.

2. **Max:** Dieser ist 1924—25 nach Wien gekommen, schloß sich formell keiner Fraktion an, unterstützte aber durch seine Passivität jede am Ruder befindliche Parteizentrale (das heißt die österreichische Bucharin-Stalinfraktion) im Kampfe gegen die um die Parteigesundung ringende Opposition. Die Opposition aus ihren Dokumenten kennen zu lernen, wie es Lenin verlangt, hat er nicht einmal versucht, geschweige denn daß er versucht hätte die Opposition in irgendwelchen Fehlern — und sie hat gewiß Fehler gemacht — durch Kritik zu belehren. All dies hinderte ihn nicht sich auch aktiv am Kampf gegen die Opposition zu beteiligen, indem er falsche, auf absoluter Unkenntnis begründete Berichte ins Ausland schickte, insbesondere nach Sowjetrußland. Welcher Art seine Sachkenntnis ist, geht z. B. daraus hervor, daß er es noch vor kurzem

wagte, die politische Kapitulation der Toman-Koritschonerfraktion vor unserer Fraktion ganz nach dem Muster der Stalin-schwindler als ein unpolitisches, machtpolitisches Manöver zu bezeichnen, weil er keine Ahnung davon hatte, (obwohl er damals in Wien gewesen ist), daß die politische Plattform und politische Deklaration, in der jene politische Kapitulation der ultralinken Fraktion (österreichische Sinowjiten-Toman-Koritschoner) vor unserer Fraktion klar zum Ausdruck kam, im September 1925 (unmittelbar vor dem VIII. Parteitag) in der „Roten Fahne“ veröffentlicht war.

3. und 4. Schließlich gehören noch dazu zwei Frauen, die als Privatpersonen hochachtbare Frauen, parteigeschichtlich aber nichts anderes sind als — **Klatschbasen**. Die eine kommunistische, die andere eine sympathisierende Klatschbase. Die eine gehört zum Grüppchen jener Grün, der lächerlichen „Direktorin“ von 1924 seligen Andenkens, deren lumpigen Klatsch, frisch bezogen aus der Gifbrauerei Fiala, Koplenig u. Co., sie brühhwarm verzapfte wo sie nur konnte. Die sympathisierende Tratschbase aber half wacker mit und exportierte den Giftratsch gegen die Opposition zollfrei ins Ausland, insbesondere nach Berlin und Moskau.

So also schaut dieses Grüppchen aus, diese

Max und Moritz-Gruppe,

die da unter Ausschluß der Öffentlichkeit segelt, weil sie sonst vom Gelächter der österreichischen Kommunisten hinweggelacht werden würde. Sehr begreiflich, daß diese Helden den Kampf um die Gesundung der Partei erst begonnen wissen wollen nach unserem Ausschluß aus der Partei, an dem sie wacker mitgeholfen haben! Sehr begreiflich, daß diese Helden die schweren Kampffahre vom Herbst 1922 bis 1927, wo sie jeder in seiner Art gegen die Opposition wacker mitgeholfen haben, überspringen wollen. Mit Phrasen nämlich, sie seien „neutral“ gewesen, hätten „sich dem Fraktionskampfe ferngehalten“ usw. Ja diese Leute erdreisten sich sogar, wo ihnen die Argumente ausgehen, den schweren Kampf der Opposition von Herbst 1922 bis 1927 noch heute zu verdecken.

Wo Holz gehackt wird, fliegen auch Späne. So sind auch im Kampf um die Gesundung der Partei Späne genug geflogen. Es wurde herüber und hinüber geschossen. Das ist eine Begleiterscheinung jedes ernstesten Parteikampfes. Besonders diejenigen, die Intresse haben den wahren politischen Inhalt des Kampfes zu verdecken und deren politische Argumente schwach sind, arbeiten mit unpolitischen Argumenten und unpolitischen Mitteln. Wir hatten immer und haben auch heute ein außerordentliches Interesse an politischer Klarheit, an klarster Ausarbeitung der einander gegenüberstehenden politischen Auffassungen und unsere politischen Argumente waren fast immer außerordentlich stark. Desto größer war das Interesse unserer Gegner in der Partei unsere politischen Argumente und das politische Denken der Mitglieder im Dreck zu ersticken. Unsere Gegner in der Partei griffen rücksichtslos zu allen Mitteln, vor keiner Lüge, vor keiner Verleumdung, vor keinem Schwindel, vor keinem Betrug, vor keiner Gewaltat zurückschreckend. Wir haben die Methode der Lüge und Verleumdung, des Schwindels und Betrugs im Parteikampf zwischen Kommunisten grundsätzlich verworfen und niemals angewendet. Selbstverständlich aber haben wir uns gewehrt und nach Kräften heimgezahlt. Manchmal nicht ohne Erfolg. Aber wir müssen es unseren Gegnern in der Partei lassen, so wenig sie vom politischen Kampf verstanden, so sehr waren sie uns in der Kunst des unpolitischen Kampfes überlegen und wir haben sehr daraufgezaht. Den Dreckwall, den sie da zwischen uns und die Kommunisten des Inlands und Auslands gelegt haben, den haben wir schon zwar sehr erschüttert, aber beileibe noch nicht ganz demoliert. Da haben wir noch manche Arbeit zu leisten.

Es gibt „Aestheten“, die über das Spänefliegen die Nase rümpfend sich sehr erhaben vorkommen. Diese Leuten sind politisch erzdumm oder sie verbergen hinter ihrer „Aesthetik“ Ambitionen, die heute nach mehr als achtjährigem Parteikampf nur noch die ganz Dummten nicht durchblicken. Heute fühlt jeder ernste Kommunist immer deutlicher, daß hinter dem Spänefliegen sich der Kampf verbarg um die politischen Grundfragen der Partei.

Wir können es den Max und Moritzleuten nachfühlen, daß sie bei der Rolle, die sie in dem jahrelangen Ringen um die Parteigesundung gespielt haben, die Jahre 1922—27 überspringen und nur die allerletzte Zeit gelten lassen möchten. Aber das Interesse der Partei heischt Klarheit. So furchtbar die acht Jahre des Kampfes um die Parteigesundung sind, die Zukunft und eine nicht gar ferne Zukunft wird zeigen, daß dieser Kampf, der vielen nutzlos* schien und scheint, auch seine guten Wir-

Richtigstellung. Zu unserem Artikel „Die Helldengalerie 1922—29“ in der Anfang Dezember 1929 erschienenen Nummer 49 der „Arbeiter-Stimme“ teilt uns Genosse Fally mit, daß er bei keiner faschistischen Organisation und seiner kommunistischen Gesinnung treu geblieben sei, obwohl er parteilos ist. Wir freuen uns über diese Mitteilung, obwohl uns Fally mitteilt, daß er gegen die Linksopposition und stalintrou sei.

Selbstverständlich wird dadurch der politische Inhalt unseres obgenannten Artikels in keiner Weise berührt. Denn wenn der eine Fally erfreulicherweise treu geblieben ist, leider allzu viele Sinowjiten, Bucharinisten und Stalinisten, die mitgearbeitet haben an unserem Ausschluß aus der Partei, sind heute bei den Faschisten!

kungen zeitigt. Die österreichischen Kommunisten haben sich durch lange Jahre von den in der Partei herrschenden sinowjitschen, bucharinistischen, stalinistischen Fraktionen und deren rechten Verbündeten mit allen möglichen Schwindeleien an der Nase ziehen lassen. Aber sie haben das so gründlich durchgemacht, daß sie solchen Schwindeleien wie „ich bin neutral“ — wer erinnert sich nicht an den ersten Neutralen, den Neutralen von Kärnten, der sich als „neutraler“ Delegierter für Kärnten wählen ließ und dann auf dem V. Parteitag die Maske abwerfend mit 66 Nachttöpfen gegen die Opposition losging — oder „ich habe mich dem Fraktionskampf fern gehalten“ usw. nicht mehr auf den Leim gehen.

Der jahrelang schwere Parteikampf war und ist zugleich eine unter schweren Bedingungen vor sich hergehender Ausleseprozeß, in dem die Kommunisten Gelegenheit haben jedermann, der auftritt, in die Eingeweide zu schauen und ihn durch lange Zeit aus nächster Nähe zu prüfen nach Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Klarheit, Zähigkeit, Standhaftigkeit usw. Darum werden in diesem Ausleseprozeß die das Hauptwort sprechen, die diesen Prozeß aus nächster Nähe durch lange Jahre kontrollierten, die Arbeiterkommunisten.

Wahrhaftig es wäre nicht nötig über die vier Leute so viele Worte zu verlieren, obwohl sie damit hausieren gehen, daß Trotzky hinter ihnen stehe. Allein es hat tatsächlich den Anschein, als ob Genosse Trotzky hinter ihnen stünde und sie sozusagen als „seine“ Gruppe in Oesterreich betrachte. Wir haben uns reichlich Mühe gegeben, das zu klären. Ohne Erfolg!

Wie immer dem nun sei: Die Frage der Auslese des Kaders für die zu gesundende Kommunistische Partei wird nicht entschieden durch Gunst, Gnade und Sympathie. Die Zeiten sind endgiltig vorüber, wo die Kommunisten Kinder gewesen sind. Die Zeiten, wo die Parteileitungen von Moskau eingesetzt und abgesteuert wurden und die Kommunisten zu schweigen hatten oder mit „Taktik“ hineingelegt wurden, gehen endgiltig ihrem Ende entgegen, sie dürfen, sie werden, sie können nicht wiederkehren. Dafür sind Garantie die Kommunisten, die durch schwere Erfahrungen Männer geworden sind. In der Bewertung über den Ausleseprozeß werden die Mitglieder, werden die Kommunisten das Hauptwort sprechen, weil sie es sind, die den Ausleseprozeß unausgesetzt durch lange Jahre aus nächster Nähe kontrollieren.

Und genau so gehen die bisherigen Methoden der Vertreter der Komintern ihrem Ende entgegen, diese Methoden, die wir durch Jahre über uns ergehen lassen mußten, diese Methoden, die nichts waren als Intrigue und wieder Intrigue. Wir werden jede Art von Kominternvertretern dieses Schlages in der Opposition und in der Partei mit allen Mitteln bekämpfen und expedieren.

Zur Gesundung der Partei darf auf keine Kraft verzichtet werden, mag sie auch Fehler, selbst schwere Fehler begangen haben. Noch weniger kann auf linksoppositionelle Kräfte verzichtet werden, wie es schließlich und endlich die vier Genossen sind, mit denen wir hart ins Gericht gehen mußten. Allein Worte sind billiger als Brombeeren. Niemand hatte z. B. den demokratischen Zentralismus* mehr im Munde als diejenigen, die ihn täglich bespögen und zertreten haben. Siehe Polzer. Darum genügt es nicht neue Komplimente dieser und jener Art auf das geduldige Papier zu schreiben. Die Einigkeit über die Grundlinie der oppositionellen Arbeit (bzw. der Parteiarbeit) ist Grundvoraussetzung. Diese Grundvoraussetzung gegeben, ist die erste Grundbedingung der Einigung die ehrliche politische Liquidierung der offenen, daß heißt vor der Partei und vor der Arbeiterschaft auf ehrlicher Basis politisch noch nicht liquidierten politischen Hauptfragen der Vergangenheit offen vor der proletarischen Öffentlichkeit, offen vor allem vor allen Arbeiterkommunisten. Wer das ablehnt, will den Kommunisten etwas auf dem Papier vormachen, der will eine neue Fopperei. Die Kommunisten aber haben das satt, sie wollen endlich Schluß mit all den Foppereien untereinander. Nur ehrliche Einigung ist gesunde Einigung, und wir, die KPOe. (Opposition), die wir nun schon über acht Jahre den Kampf um die Parteigesundung unter schweren Bedingungen kämpfen ohne auch nur ein einzigesmal zu wanken, wir sind zu haben nur zu einer ehrlichen, gesunden und darum dauernden Einigung. Ein sich Drücken um diese Frage lassen wir unter keiner Bedingung zu.

Wir nennen den demokratischen Zentralismus, weil hier die Methode der doppelten Buchhaltung am sinnfälligsten ist. Die organisatorischen Methoden der Sinowjev, Bucharin, Stalin waren und sind jedoch nur zwangsläufige Folge ihrer grundsätzlich falschen Politik, also nur von sekundärer Bedeutung.

Aus der Opposition.

Preisfonds: J. B. XX., 0.75 Schilling.

Zentraler Diskussionsabend: Montag, den 14. April, Freitag, den 9. und 23. Mai. Beginn halb 8 Uhr abends im Aumann's Gasthaus XVI., Hasnerstraße 46. Thema: Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes. Leiter: Gen. Frey.

Eigentümer Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition) — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236 — Verantwortlicher Redakteur: Franz Kralik, Wien, V., Castelligasse 3 — Druck: Buch- und Kunst-druckerei „Donau“ (Stadler & Co.), Verantwortlicher Leiter: Friedrich Stadler, Wien, III., Custozzagasse 8.

Leser der „Arbeiter-Stimme“ Achtung!

Versäumt nicht in eurem Freundeskreis Abonnenten der „Arbeiter-Stimme“ zu werben. Besonders aber appellieren wir an euch die gelesene Nummer weiterzugeben insbesondere an jene Arbeiter, die durch unsere Kolporteure nicht erfaßt werden können.